

Daten und Bemerkungen zu den Disparitäten im
Entwicklungsstand 21 ausgewählter Länder

Rita Chiovini

Zsuzsanna Vetô

December 2004

Andrássy Working Paper Series No. II

ISSN 1589-603X

Edited by the Professors and Readers of Andr ssy Gyula University, Budapest.

This series presents ongoing research in a preliminary form. The authors bear the entire responsibility for papers in this series. The views expressed therein are the authors', and may not reflect the official position of the University. The copyright for all papers appearing in the series remains with the authors.

Author's address and affiliation:

Rita Chiovini

Zsuzsanna Vetô

Andr ssy University • Department of International Relations

Pollack Mihály t r 3 • 1088 Budapest • Hungary

  Chiovini / Vet  2004

Vorwort

In diesem vorliegenden Beitrag werden die Unterschiede im Entwicklungsstand der Entwicklungs-, Transformations- und Industrieländer analysiert. Obwohl die Verfasser mit dem multidimensionalen Entwicklungsbegriff operieren, werden jedoch in erster Linie die Ursachen für die Disparitäten in der wirtschaftlichen Entwicklung näher untersucht, da – wenn auch nur vereinfachend – der Lebensstandard, gemessen auch an der sozialen und ökologischen Dimension, zu einem großen Maße vom wirtschaftlichen Wohlstand beeinflusst wird.

Im ersten, deskriptiven Teil wird der Entwicklungsstand der ausgewählten Länder anhand einiger Indikatoren dargelegt und verglichen. Bei der Auswahl der Staaten wurde darauf geachtet, dass jeder Kontinent repräsentiert ist und die ausgewählten Länder die Struktur der Industrie-, Transformations- und Entwicklungsländer der Staatengemeinschaft widerspiegeln. Im zweiten Teil beginnt die Suche nach den potentiellen Ursachen der Entwicklungsunterschiede. Die Analyse erfolgte nicht länderspezifisch; auf die Frage, was alles die wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen kann, wurden universelle Antworten gesucht (obwohl natürlich die einzelnen Faktoren erst dadurch in den Blickwinkel gerückt sind, weil sie in jeweiligen Ländern die Entwicklung stark beeinträchtigt haben): Wir haben die Unterschiede in der Entwicklung auf die koloniale Vergangenheit, die Wirtschaftsordnung und wirtschaftliche Freiheit, die Wirtschaftspolitik, bzw. auf den Bevölkerungszuwachs und Bildung zurückgeführt, den Zusammenhang mit Daten dargestellt und unsere Hypothesen mit Hilfe der Regressionsanalyse geprüft.

Selbstverständlich können die oben angeführten Faktoren nicht als ausschließende Ursachen betrachtet werden. Die externe und interne Gegebenheiten, die als Grund für die Disparitäten zwischen Entwicklungs- und Industrieländern angeführt werden können und worauf die zur Verfügung stehenden Literatur zum Nord-Süd-Gefälle, zur Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik, bzw. zum Freihandel und zu der Globalisierung sehr detailliert eingeht, variieren von Land zu Land. Um den abstrakten und normativen Charakter dieses kurzen Beitrags zu stärken, haben wir uns jedoch bewusst auf die Einflussfaktoren dieses breiten Spektrums konzentriert, die (mit Ausnahme der kolonialen Vergangenheit) mit dem staatlichen Handeln im Zusammenhang stehen., gelenkt von der Überzeugung, dass sich der Staat zur Etablierung bzw. Beibehaltung einer funktionsfähigen Wettbewerbsordnung an

bestimmten Prinzipien wie Währungsstabilität, Offenheit der Märkte, Privateigentum, Vertragsfreiheit, Haftung und Konstanz der Wirtschaftspolitik (schafft Erwartungssicherheit) orientieren sollte und als Grundvoraussetzung einer prosperierenden Wirtschaft die institutionellen Rahmen gewährleisten müsste.

Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik

*Daten und Bemerkungen zu den Disparitäten im Entwicklungsstand
der ausgewählten 21 Ländern*

*Verfasst von:
Rita Chiovini
Zsuzsanna Vető*

19.11.2004

Indikatoren der Entwicklung

(Erläuterungen und Bemerkungen zu den Daten der Tabelle)

I. Gesamtindikatoren

Um den komplexen Begriff der Entwicklung (wirtschaftliche, soziale, politische Dimension) besser abbilden zu können, wurde ein multidimensionales Indikatorensystem erstellt:

I.1. HDI

HDI (Human Development Index) wurde von UNDP¹ zur Messung des Entwicklungsstandes erfunden. Derzeit wird der HDI mit Hilfe dreier Indikatoren berechnet: *Bildungsstand, Lebenserwartung bei Geburt und reales PKE*.

UNDP teilt die Länder aufgrund ihrer HDI-Werte in drei Kategorien ein:

Länder mit einem HDI von 1,0 bis 0,801 werden als Länder mit einer hohen menschlichen Entwicklung; Länder mit einem HDI von 0,8 bis 0,501 werden als Länder mit einer mittleren menschlichen Entwicklung bezeichnet und ein HDI von 0,5 und geringer bedeutet eine niedrige menschliche Entwicklung.

Quelle der Angaben in der Tabelle 1:

http://hdr.undp.org/statistics/data/indic/indic_8_1_1.html
http://hdr.undp.org/statistics/data/indic/indic_10_1_1.html

II. Partialindikatoren

II.1. Pro-Kopf-Einkommen

Das Pro-Kopf-Einkommen (PKE, bzw. auf Englisch GNI) gilt als wichtigster Anhaltspunkt für die Abgrenzung zwischen armen und wohlhabenden Staaten².

Laut der gängigen Weltbank-Klassifizierung zählen Länder mit einem PKE bis 755 US\$ als Volkswirtschaften mit einem niedrigen Einkommen. Entwicklungsländer mit einem PKE

¹ United Nations Development Programme

² Um eine bessere Vergleichbarkeit des realen PKE zu erreichen, hat die Weltbank das sg. Atlas-Verfahren entwickelt: Beim Atlas-Verfahren wird der Durchschnitt des effektiven Wechselkurses eines Landes im Vergleich mit den G5-Staaten für das laufende sowie die beiden vorhergehenden Jahre als Durchschnitt verwendet, wobei die Differenzen zwischen den Inflationsraten des betreffenden Landes und der G5-Staaten als Bereinigungsfaktor genommen werden.

zwischen 756 und 9265 US\$ gelten als Volkswirtschaften mittleren Einkommens. In dieser Gruppe wird nochmals unterschieden: ab 2995 US\$ zählen Volkswirtschaften mit mittlerem Einkommen in die obere Kategorie, die anderen in die untere Kategorie. Ab 9266 US\$ werden Länder als Volkswirtschaften mit hohem Einkommen bezeichnet.

Bemerkung: „Geld ist nicht alles.“ - Vergleicht man die Rangfolge der Länder gemäß ihrer PKE-Rangfolge mit ihrem HDI-Ranking z.B. im Jahr 2002³, sieht man, dass Vietnam z.B. von der Weltbank auf Rang 167 angeführt ist, von der UNDP jedoch auf Platz 112 gesetzt wurde; Südafrika erhielt die Rangfolgen 32 bzw. 119. Die Ursache des großen Unterschiedes bei der Beurteilung ist darauf zurückzuführen, dass UNDP mit dem komplexen Entwicklungsbegriff operiert und deshalb den Entwicklungsstand nicht nur anhand des PKE beurteilt, sondern auch die sozialen Dimensionen integriert. Wegen seiner verständlichen Definition und der schnellen Verfügbarkeit wird es jedoch auch weiterhin ein häufig verwendeter Entwicklungsindikator bleiben.

Quelle der Angaben in der Tabelle 1: <http://www.worldbank.org/data/databytopic/GNIPC.pdf>
<http://www.usais.it/webeconomiasviluppo/GNIPC.pdf>
http://hdr.undp.org/statistics/data/indic/indic_8_1_1.html
http://hdr.undp.org/statistics/data/indic/indic_10_1_1.html

II.2. Lorenz-Kurve und Gini- Koeffizient

Da die als Vorbild dienenden Industrieländer einen hohen Industrialisierungsgrad aufwiesen, wurde unter Entwicklung lange Zeit lang „Industrialisierung“ verstanden, die mit Hilfe des PKE gemessen wurde. Den Fortschritt und die Dynamik des Entwicklungsprozesses las man an den Wachstumsraten des PKE ab. Mit diesem Wachstum des PKE war gleichzeitig die Erwartung verbunden, das über trickle-down-effects mittel- bis langfristig alle Bevölkerungsschichten profitieren und die Einkommensverteilung gleichmäßiger wird.⁴

Die erwarteten Durchsickereffekte blieben jedoch in der Realität aus. Demzufolge wurde nun unter Entwicklung nicht mehr ausschließlich Wirtschaftswachstum verstanden, sondern Wachstum und Verteilungsgerechtigkeit.

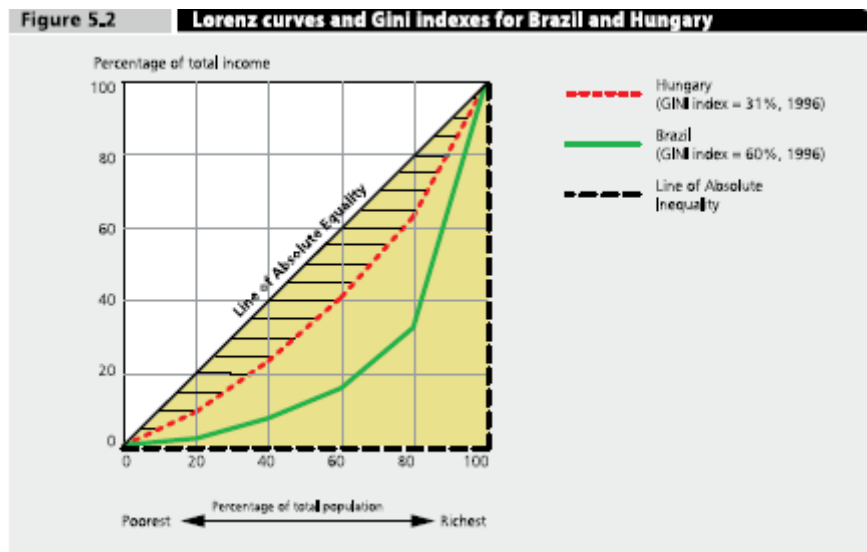
Die personelle Einkommensverteilung lässt sich durch die *Lorenzkurve* und den *Gini-Koeffizienten* darstellen.

³ Quellen: http://hdr.undp.org/statistics/data/indic/indic_8_1_1.html
http://hdr.undp.org/statistics/data/indic/indic_10_1_1.html
http://www.politicsforum.org/documents/statistics/2002/gni_2002.pdf

⁴ Eine in der Literatur sehr häufig erwähnte Determinante von Einkommensunterschieden ist das Wirtschaftswachstum. Bereits 1955 beschrieb Simon Kuznets den Zusammenhang zwischen dem PKE und der Einkommensverteilung durch eine umgekehrte U-Kurve, die als „Kusnets curve“ bekannt wurde. Mittels einer Zeitreihenanalyse fand er für die USA, England und Deutschland heraus, dass in früheren Phasen des Entwicklungsprozesses die Ungleichheiten zunächst zunehmen, sich jedoch dann mit fortschreitender wirtschaftlicher Entwicklung wieder zurückbilden. Diesen Trend schreibt Kuznets dem Übergang von einer landwirtschaftlich geprägten in eine industrielle Volkswirtschaft zu. Wegen der zunehmenden Urbanisierung und Industrialisierung vergrößern sich zunächst die Einkommensdisparitäten. Beschäftigung im modernen Sektor ist anfänglich begrenzt, Löhne und Produktivitätsniveau sind jedoch hoch. Mit fortschreitender Industrialisierung nehmen diese Einkommensunterschiede jedoch wieder ab, da die Industrie mehr und mehr Arbeitskräfte, die ursprünglich im Agrarsektor tätig waren, absorbiert.

Abbildung 1.:

Die Disparitäten in der Einkommensverteilung von Brasilien und Ungarn (1996) im Vergleich



Je mehr die Lorenz-Kurve von der Gleichverteilungsgerade abweicht, desto größer sind die Disparitäten in der Einkommensverteilung.

Der Gini-Koeffizient misst die Fläche zwischen der Lorenzkurve und der Gleichverteilungsgeraden und bezieht diese Fläche auf die gesamte Dreiecksfläche. Bei vollständiger Verteilungsgleichheit nimmt der Gini-Koeffizient den Wert Null an, bei absoluter Ungleichheit den Wert Eins⁵. In Ungarn nahm der Gini-Koeffizient 1996 den Wert 0,31 an und sank bis 2003 auf 0,244 (s. Abbildung 1 und Tabelle 1). Bis 2003 nahm die Ungleichheit der Einkommensverteilung also ab, was damit zusammenhängt, dass der Einkommenszuwachs infolge der wirtschaftlichen Reformen von Bokros Lajos nach den ersten schweren Jahren der Transformation zu einer Marktwirtschaft und der Krisenbewältigung allmählich breitere Gesellschaftschichten erreicht hat.

Die Entwicklungsländer (EL) zeichnen sich im Vergleich zu den Industrieländern durch ungleichere Einkommensverteilung aus (s. Tabelle 1). Meistens werden die EL wie folgt klassifiziert: Länder mit hohem Wachstum und angemessener Verteilung; Länder mit hohem Wachstum und einer „ungerechten“ Einkommensverteilung; Länder mit niedrigem Wachstum, aber einer gleichmäßigen Einkommens- und Vermögensverteilung; Länder mit niedrigem Wachstum und einer ungleichen Einkommensverteilung; Länder ohne nennenswertes Wachstum.

Quelle der Daten in der Tabelle 1: http://hdr.undp.org/statistics/data/indic/indic_138_1_1.html

⁵ Häufig wird in der internationalen Statistik eine gröbere Darstellung benutzt. Es wird dabei nur eine Aufteilung in fünf Gruppen vorgenommen, wobei jeweils 20% der Bevölkerung (der Haushalte) zusammengefasst werden. Für die reichsten 10% wird öfters ein zusätzlicher Wert ausgewiesen.

Aus diesem Material lassen sich verschiedene Maßzahlen bilden. So lässt sich der Quotient aus den Einkommensanteilen der obersten und der untersten Gruppe bilden. Zur Beurteilung der Verteilungsgerechtigkeit werden auch oft die beiden unteren Gruppen addiert und ihr Anteil wird mit einem vorgegebenen Wert verglichen. Eine Studie der Weltbank definiert die Ungleichheit als hoch, wenn die untersten 40% weniger als 12% des Bruttonationaleinkommen (BNE) erhalten. Bei einem Anteil von 12-17% spricht sie von einer gemäßigten Ungleichheit. Von geringer Ungleichheit ist die Rede, wenn auf die unteren 40% der Haushalte mehr als 17% des BNE fallen.

II.3. Kaufkraftparität PPP-\$ (Purchasing Power Parity):

Internationale Kaufkraft der Landeswährung: Die PPP gibt an, wie viel Einheiten der jeweiligen Währung erforderlich sind, um den gleichen repräsentativen Waren- und Dienstleistungskorb zu kaufen, den man für 1 US-Dollar in den USA erhalten könnte.

Bemerkung zu den Daten von Tabelle 1: „PPP GNI per capita“ wird errechnet, indem das Bruttonationaleinkommen mit Hilfe der Kaufkraftparitätsraten in internat. Dollar umgerechnet und durch die Bevölkerungszahl dividiert wird. Dabei hat der internationale Dollar die gleiche Kaufkraft, bezogen auf das Bruttonationaleinkommen, wie der US\$ in den Vereinigten Staaten.

Quelle der Angaben in der Tabelle 1: <http://www.worldbank.org/data/databytopic/GNIPC.pdf>

II.4. PKW- Dichte

Dieser Indikator gibt an, wieviele Pkw-s auf Tausend Einwohner fallen (s. Tabelle 1) und läßt auf die wirtschaftliche und infrastrukturelle Entwicklung eines Landes schließen.

Quelle der Angaben in der Tabelle 1: http://www.destatis.de/cgi-bin/ausland_suche.pl

II.5. Erwartete Lebensdauer:

Die Lebenserwartungen bei der Geburt weisen auf den Entwicklungsstand der jeweiligen Länder hin. Je unterentwickelter ein Land ist, desto geringer ist bedauerlicher Weise die erwartete Lebensdauer der Bevölkerung (s. Tabelle 2) wegen unzureichender Trinkwasserversorgung, fehlende Entsorgung flüssiger und fester Abfallstoffe, Unterernährung, Massenerkrankheiten und mangelhafter ärztlichen Versorgung.

Quelle der Angaben in der Tabelle 2: <http://www.who.int/whr/2002/annex/en/>

II.6. Kindersterblichkeit

Diese Rate gibt an, wieviele Kinder von 1000 Kinder nach der Geburt bis zum ersten Lebensjahr sterben (s. Tabelle 2) und weist auch darauf hin, wie entwickelt das Sozial- und Gesundheitswesen des jeweiligen Landes ist.

Quelle der Angaben in der Tabelle 2: http://hdr.undp.org/statistics/data/indic/indic_82_1_1.html

II.7. Analphabetismus:

UNICEF-Definition der Alphabetisierungsrate: Die Rate gibt an, wie viel Prozent der Bevölkerung ab dem 15 Lebensjahr lesen können. Gerechnet wird die Analphabetisierungsrate: $100 - \text{Alphabetisierungsrate}$ (s. Tabelle 2).

Obwohl in den vergangenen Jahrzehnten bei der Alphabetisierung der Bevölkerung große Fortschritte erzielt wurden, zeigt doch dieser Indikator, dass viele, insbesondere schwarzafrikanische Länder, noch massive Defizite im Bildungsbereich aufweisen. (Analphabetisierungsraten von über 50% sind dort keine Seltenheit.) Diese Situation wird sich in absehbarer Zeit nicht ändern, da die Kapazitäten der dortigen Bildungseinrichtungen mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt halten können.

Bemerkungen:

Neben dem Analphabetismus müsste auch der passive Analphabetismus erwähnt werden, der nicht nur in den EL den Bildungsstand beeinträchtigt, sondern auch den der Industrieländer (IL). Diese Erscheinung wird in diesem Beitrag jedoch nicht untersucht, da sie nicht bzw. nur sehr mühsam statistisch erfasst werden könnte.

In ehemaligen sozialistischen Ländern schildert die Statistik vermutlich seit der Wende mehr die Realität.

Quelle der Angaben in der Tabelle 2: <http://www.accu.or.jp/litdbase/stats/overview/ov04.htm>
http://hdr.undp.org/statistics/data/indic/indic_20_1_1.html

Quelle der Daten für das Jahr 2002 für Norwegen, Australien, Japan, den Vereinigten Staaten, Ungarn, der Russischen Föderation und Sierra Leone:

<http://www.mrdowling.com/800literacy.html>

Quelle der Angaben in der Tabelle für das Jahr 1970 für die Länder Amerikas:

<http://www.nuff.ox.ac.uk/Economics/History/Paper54/54fitzgerald.pdf>

Tabelle 1: Indikatoren der Entwicklung I

Länder	HDI-Index		PKE (US \$)		Gini Koeffizient		PPP (int. Dollars)		PKM-Dichte	
	1975	2002	1973	2003	1983-1993*	2003	1970	2003	1986	2002
Norwegen	0,866	0,956	3550	43350	...	0,258	3180	37300	382	421
Australien	0,847	0,946	3730	21650	...	0,352	4207	28290	437	524
USA	0,866	0,939	5780	37610	...	0,408	5000	37500	561	467
Japan	0,854	0,938	2540	34510	...	0,249	3238	28620	236	428
Hongkong	0,76	0,903	1230	25430	...	0,434	...	28810
Ungarn	0,777	0,848	1320(1977)	6330	0,27	0,244	...	13780	145	259
Mexiko	0,688	0,802	880	6230	0,503	0,519	1569	8950	65	127
Russische Föd.	...	0,795	...	2610	0,496	0,456	...	8920	...	147
Brasilien	0,644	0,775	570	2710	0,634	0,607	...	7480	...	135
Türkei	0,59	0,754	410	2790	...	0,4	969	6690	22	65
China	0,523	0,745	...	1100	0,376	0,403	...	4990	...	9
Vietnam	...	0,691	...	480	0,357	0,361	...	2490	...	2
Bolivien	0,512	0,681	270	890	0,42	0,447	...	2450	...	37
Südafrika	0,655	0,666	830	2780	0,584	0,593	...	10270	93	90
Ägypten	0,438	0,653	260	1390	0,32	0,344	...	3940	19	27
Indien	0,411	0,595	110	530	0,338	0,378	...	2880	1,6	7
Bangladesch	0,345	0,509	80	400	0,283	0,318	...	1870	...	1
Nepal	0,291	0,504	80	240	0,31	0,367	...	1420	...	2
Kenia	0,445	0,488	180	390	0,575	0,445	...	1020	...	8
Ruanda	0,341	0,431	60	220	0,289	0,289	...	1290	...	1
Zentralafr. Rep.	0,334	0,361	110	260	...	0,613	...	1080	...	2
Sierra Leone	...	0,273	160	150	...	0,629	...	530	...	8

* Bedauerlicherweise sind die Daten aus früheren Jahren nicht erreichbar oder existieren nicht. Die in der Tabelle stehenden Angaben stammen alle aus einem anderen Jahr dieses Zeitintervalls.

Tabelle 2: Indikatoren der Entwicklung II

Länder	Erwartete Lebensdauer		Kindersterblichkeit		Analphabetismus (%)	
	1972	2001**	1970	2002	1970	2002
Norwegen	74,4	76,1 / 81,4	13	4	0*	0
Australien	71,7	77,4 / 82,6	17	6	0*	0
USA	72,4	74,3 / 79,5	20	7	1	3
Japan	73,1	77,9 / 84,7	14	3	0*	1
Hongkong	70	12*	6,5
Ungarn	69,9	67,3 / 76,1	36	8	0*	1
Mexiko	62,9	71,6 / 76,7	79	24	25	9,5
Russische Föd.	...	58,9 / 72,3	29	18	0*	2
Brasilien	59,8	65,5 / 72,0	95	30	32	13,6
Türkei	57,9	67,0 / 71,2	150	36	26*	13,5
China	63,2	69,8 / 72,7	85	31	48,7	9,1
Vietnam	...	66,9 / 71,8	55	30	18,9	9,7
Bolivien	46,7	61,1 / 64,3	147	56	42	13,3
Südafrika	53,9	47,7 / 50,3	...	52	...	14
Ägypten	52,1	65,3 / 67,8	157	35	56*	44,4
Indien	50,3	60,0 / 61,7	127	67	66,9	38,7
Bangladesch	44,9	61,9 / 61,7	145	51	75,9	58,9
Nepal	43,3	58,6 / 57,9	165	66	83,6	56
Kenia	51	48,2 / 49,6	96	78	41*	15,7
Ruanda	44,6	38,9 / 42,8	124	96	53*	30,8
Zentralafr. Rep.	42,9	42,0 / 43,3	149	115	60*	51,4
Sierra Leone	34,9	32,7 / 35,9	206	165	71*	69

*= Daten stammen aus dem Jahre 1985

**= Die erste Angabe ist die erwartete Lebensdauer der Männer die zweite von den Frauen.

Ursachen der Unterentwicklung

I. Externe Ursachen

I.1. Koloniale Vergangenheit

Die Kolonialregierungen hatten meist kaum ein Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Kolonien. Ihr Interesse galt der wirtschaftlichen Entwicklung des Heimatlandes durch das Erzwingen von günstigen Handelsbedingungen (für den Export von Ressourcen aus den EL und für Importe westlicher Industrieprodukte) und dem Recht, Eisenbahnen zu bauen und Unternehmen gründen zu können.

"Wir müssen neue Länder finden, aus denen wir leicht Rohstoffe gewinnen und wo wir zugleich von der billigen Sklavenarbeit profitieren können, die die Eingeborenen der Kolonien leisten. Die Kolonien können auch ein Abladeplatz für die Überschussproduktion unserer Fabriken sein."⁶

Die Handelsinteressen erforderten oft weitere Zugeständnisse, wie z.B. Steuerfreiheit und Steuerbegünstigungen für westliche Unternehmen, Zollfreiheit und Zollbegünstigungen. Eine Situation, ganz ähnlich zu der, die man in den heutigen Freihandelszonen vorfindet⁷.

Dennoch hatte der Kolonialismus auch positive Effekte. In vielen EL sind Infrastruktur, Verwaltung und Rechtssystem aufgebaut worden, in einigen EL wurde die Grundlage für eine moderne Landwirtschaft gelegt und Exportmöglichkeiten sind ebenfalls erst durch die Kolonialmächte entdeckt und gefördert worden.

Tabelle 3 zeigt, welcher Kolonialisierungsmacht die untersuchten Staaten vor 1950 unterlegen waren.

⁶ Cecil Rhodes, der bekannteste britische Vertreter der Kolonialidee in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts.

⁷ Freihandelszonen erhalten vom Gastland steuerliche und juristische Sonderstellung, damit sie leichter transnationale Unternehmen anziehen, als ihre Nachbarländer. Sie erhoffen sich dadurch Zugang zu besseren Technologien, neue Exportmärkte und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Die meisten FHZ haben folgende Merkmale gemeinsam: lockere soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Bestimmungen (strenge Beschränkung der gewerkschaftlichen Einflussnahme), sowie steuerliche und finanzielle Anreize. Letztere können eine große Vielfalt von Formen annehmen, wobei es sich generell meistens um Zollfreiheit, die Abwesenheit von Devisenbewirtschaftung, Steuerfreijahre und Gratisgrundstücke oder reduzierte Mieten handelt.

Tabelle 3: Koloniale Vergangenheit

	Britische Kolonie vor 1950	Französische Kolonie vor 1950	Spanische Kolonie vor 1950	Portugiesische Kolonie vor 1950	Deutsche Kolonie vor 1950
Norwegen	0	0	0	0	0
Australien	1	0	0	0	0
USA	1	0	0	0	0
Japan	0	0	0	0	0
Hongkong	1	0	0	0	0
Ungarn	0	0	0	0	0
Mexiko	0	0	1	0	0
Russische Föderation	0	0	0	0	0
Brasilien	0	0	0	1	0
Türkei	0	0	0	0	0
China	0	0	0	0	0
Vietnam	0	1	0	0	0
Bolivien	0	0	1	0	0
Südafrika	1	0	0	0	0
Ägypten	0	0	0	0	0
Indien	1	0	0	0	0
Bangladesch	1	0	0	0	0
Nepal	0	0	0	0	0
Kenia	1	0	0	0	0
Ruanda	0	0	0	0	1, 0
Zentralafrikanische Rep.	0	1	0	0	0
Sierra Leone	1	0	0	0	0

Bemerkung:

Die Kolonialherrschaft – begleitet von der zwangsweisen Einführung neuer Wirtschaftssysteme und der industriellen Ausbeutung von Mineralvorkommen, sowie dem Anschluss an den Weltmarkt – veränderte die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen in den EL⁸.

Die neuen Strukturen, das neue Verbraucherverhalten und die neuen technischen Systeme fassten in den EL so stark Fuß, dass die Einfuhr von westlichen Produkten, Werten, Technologien und dem westlichen Kapital auch nach der Entlassung in die politische Unabhängigkeit fortgesetzt wurde und sogar expandierte. Um die Einfuhr moderner Technologien und Produktionsmittel beispielsweise zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Anregung der wirtschaftlichen Entwicklung finanzieren zu können, mussten die EL noch mehr Güter exportieren, vor allem natürliche Ressourcen wie Holz, Öl und andere Minerale, bzw. Feldfrüchte. Wirtschaftlich, finanziell und technologisch wurden die EL immer tiefer in den Strudel des Weltwirtschaftssystems hineingerissen und verloren, bzw. verlieren bis heute ihre ursprünglichen Fertigkeiten, ihr Selbstvertrauen, ihre Zuversicht und häufig auch ihre Rohstoffbasis. Die Entwicklungsländer wurden immer abhängiger von globalen Handels-, Finanz und Investitionssystemen: im Rahmen von Infrastrukturprogramme z.B., liehen nun multilaterale Institutionen wie die Weltbank und transnationale Banken den

⁸ Bemerkung: Für die Staaten Lateinamerikas lässt sich der Kolonialismusvorwurf kaum mehr aufrechterhalten, denn seit ihrer Selbstständigkeit sind mehr als 180 Jahre vergangen. In einem solchen Zeitraum lässt sich die wirtschaftliche Entwicklung durch die eigene Wirtschaftspolitik beeinflussen.

EL Milliarden US-Dollar zur Finanzierung von Infrastrukturprojekte und zum Import kapitalintensiver Technologien; die transnationale Unternehmen verlagerten Handels- und Produktionsstätten in den Ländern der Dritten Welt mit lockeren Arbeits- und Umweltschutzbestimmungen und verkauften dort ihre Produkte, die des öfteren von minderer Qualität, als in den Industrieländern, angeboten und mit Umwelt verschmutzende Technologien hergestellt worden sind.

II. Interne Ursachen

II.1. Wirtschaftsordnung/Freiheit

Die Wirtschaftsordnung (auch: Wirtschaftsverfassung) bezeichnet die grundlegende Rechts- und Organisationsform, innerhalb der Wirtschaftssubjekte tätig werden und Wirtschaftsprozesse ablaufen. Da moderne Volkswirtschaften hochgradig arbeitsteilig produzieren, muss zunächst grundsätzlich festgelegt werden, wie die Abstimmung zwischen Produzenten (Anbietern) und Verbrauchern (Nachfragern) verlaufen soll. Es gibt prinzipiell zwei Möglichkeiten, wie dies erfolgen kann: 1) In Form einer planwirtschaftlichen (besser: zentralverwaltungswirtschaftlichen) Wirtschaftsordnung, die eine zentrale staatliche Instanz voraussetzt, die alle Wirtschaftsabläufe lenkt.⁹ 2) Erfolgt die Abstimmung dezentral über Angebot und Nachfrage, liegt eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung vor.¹⁰ Eng mit diesen beiden Ordnungsmodellen ist die Frage nach den Eigentumsrechten verbunden: In sozialistischen Wirtschaftsordnungen sind die Produktionsmittel verstaatlicht oder gesellschaftliches Eigentum, in kapitalistischen Wirtschaftsordnungen befinden sie sich in Privateigentum. Reale Wirtschaftsordnungen können jeweils nur Annäherungen an diese beiden Grundformen sein. Durch die Auflösung der wichtigsten zentralverwaltungswirtschaftlichen Wirtschaftssysteme beziehen sich die heutigen Auseinandersetzungen vor allem auf die Rolle des Staates in liberalen Wirtschaftsordnungen.

⁹ Planwirtschaft (besser: Zentralverwaltungswirtschaft) bezeichnet eine Wirtschaftsordnung, in der die ökonomischen Prozesse einer Volkswirtschaft, insbesondere die Produktion und die Verteilung von Gütern und Dienstleistungen planmäßig und zentral gesteuert werden. Eine Planwirtschaft ist hierarchisch aufgebaut, d.h. die Einzelpläne der Wirtschaftssubjekte (Haushalte, Betriebe) müssen sich dem (politisch beschlossenen und i.d.R. als Gesetz verkündeten) Gesamtplan unterordnen. Dieser wiederum übernimmt sowohl die Zuteilung der Waren an die Wirtschaftsteilnehmer, als auch die vielfältigen Abstimmungen zwischen ihnen. Die Praxis in den ehemaligen sozialistischen Ländern hat gezeigt, dass regelmäßig ein erhebliches Defizit zwischen Planung und Realisierung der beschlossenen und geforderten Leistungen eintritt; insbesondere haben es die real existierenden Planwirtschaften nicht geschafft, die für eine langfristige Weiterentwicklung moderner Volkswirtschaften notwendigen Innovationen und Erfindungen zu sichern.

¹⁰ Marktwirtschaft bezeichnet eine Wirtschaftsordnung, in der Produktion und Verteilung aller Güter und Dienstleistungen über Angebot und Nachfrage, d.h. über Marktprozesse frei gehandelt und getauscht werden. Charakteristisch für den Marktmechanismus ist, dass der frei zustande gekommene (Kauf-)Preis eine Doppelfunktion hat: Über die Höhe des Preises wird angezeigt, wie knapp ein bestimmtes Gut ist und damit auch, wo es sich lohnt, zu produzieren bzw. in die Produktion zu investieren (Allokationsfunktion). Voraussetzung für das Funktionieren dieses Mechanismus ist a) die Garantie des Eigentums, d.h. die private Verfügungsgewalt über die Produkte und Produktionsmittel, sowie b) ein freier Markt, der ohne Verzerrungen und Verfälschungen (z.B. durch politische oder Staatseingriffe) die Absichten aller Anbieter und Nachfrager widerspiegelt. Diese Bedingungen sind vor allem in den rechtsstaatlichen Demokratien gegeben, in denen die individuellen Freiheiten, die Wettbewerbs-, Gewerbe- und Vertragsfreiheit etc. verfassungsrechtlich garantiert sind.

Dabei stehen sich das marktwirtschaftliche Modell und das Modell der sozialen Marktwirtschaft gegenüber.

Eine freie, marktwirtschaftliche Ordnung trägt zu mehr Wirtschaftswachstum, zu höheren Einkommen und zu geringeren Einkommensunterschieden bei. Schlicht gesagt: die Lebensqualität ist höher.

Tabelle 4: Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Freiheit und wirtschaftliche Entwicklung

Länder	Rangordnung nach wirtschaftlicher Freiheit		Wirtschaftsordnung/ Politisches System (Zentralplanwirt. = 0 Marktwirt. = 1; Autokratie ¹¹ = 0, Demokratie ¹² = 1)		GDP per capita	
	1975	2002	1975	2002	1973	2003
Norwegen	38	36	1/1	1/1	11 246	37.800
Australien	16	7	1/1	1/1	12 759	29.000
USA	4	3	1/1	1/1	16 689	37.800
Japan	13	36	1/1	1/1	11 433	28.200
Hongkong	1	1	1/1	1/1	7 104	28.800
Ungarn	...	22	0/0	1/1	5 596	13.900
Mexiko	29	58	1/1	1/1	4 845	9.000
Russische Föd.	...	114	0/0	1/1	6 577	8.900
Brasilien	53	74	1/0	1/1	3 882	7.600
Türkei	65	100	1/0	1/1	3 753	6.700
China	...	90	0/0	1/0	839	5.000
Vietnam	0/0	1/1	836	2.500
Bolivien	...	58	1/0	1/0	2 357	2.400
Südafrika	21	44	1/0	1/1	4 175	10.700
Ägypten	59	74	1/0	1/1	1 022	4.000
Indien	58	68	1/0	1/	853	2.900
Bangladesch	69	83	1/1	1/1	497	1.900
Nepal	...	94	1/0	1/1	622	1.400
Kenia	47	61	1/1	1/0	961	1.000
Ruanda	64	107	1/0	1/0	688	1.300
Zentralafr. Rep.	...	120	1/0	1/0	837	1.100
Sierra Leone	38	111	1/0	1/0	1 087	500

Quelle: Die Daten in der Tabelle 4 zu der wirtschaftlichen Freiheit stammen aus dem 2004 Annual Report – Economic Freedom of the World Ausgabe, Internetseite: <http://www.cato.org/pubs/efw/>
GDP 2003 <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/rankorder/2004rank.html>
GDP 1973: Nemzetközi Statisztikai Évkönyv 1997

¹¹ Autokratie wird hier als „Sammelbegriff“ für Diktaturen (Kommunismus o. Militärdiktatur) bzw. einer unruhigen politischen Situation (Bürgerkriege, Aufstände) benutzt.

¹² Die Kategorie „Demokratie“ steht für politische Stabilität und/bzw. einem demokratischen Institutionssystem, wobei jedoch beachtet werden muß, das viele Länder nur nach einer wohlwollenden Abrundung in diese Kategorie untergeordnet werden können.

Zur Messung der wirtschaftlichen Freiheit wurde der Index der wirtschaftlichen Freiheit (Index of Economic Freedom) entwickelt. Folgende Komponente werden bei der Berechnung berücksichtigt: Größe der Regierung, Rechtsstaatlichkeit und Schutz des Privateigentums, Währungspolitik und Preisstabilität, Freihandel (Güter und Kapital) und Regulierung des Kapitalmarktes, des Arbeitsmarktes und der geschäftlichen Rahmenbedingungen.

Zur Bewertung: die Komponenten nehmen den Wert zwischen 0 und 10 ein, wobei 0 für niedrige und 10 für hohe ökonomische Freiheit steht (s. Tabelle 5).

Tabelle 5: Komponente der wirtschaftlichen Freiheit

Länder	Size of Government ¹³		Legal Structure and Property Rights ¹⁴		Access to Sound Money ¹⁵		Freedom to Trade Internationally ¹⁶		Regulation of Credit Labour and Business ¹⁷	
	'75	'02	'75	'02	'75	'02	'75	'02	'75	'02
Norwegen	3,1	4,6	5,4	8,3	6,3	9,0	6,9	7,0	5,5	6,3
Australien	5,2	6,2	5,1	9,1	8,4	9,4	6,3	7,6	5,8	7,4
USA	4,8	7,4	7,9	8,2	9,2	9,8	7,8	7,8	6,7	7,7
Japan	6,2	5,6	6,2	7,1	7,3	9,4	6,5	6,5	6,2	6,2
Hongkong	9,7	9,1	6,6	7,3	9,2	9,3	9,4	9,7	7,2	8,1
Ungarn	3,7	5,7	...	6,7	6,0	9,1	...	8,3	...	6,4
Mexiko	6,1	8,1	4,1	4,2	8,1	7,4	5,0	7,4	5,1	5,2
Russ. Föd.	1,1	5,3	...	4,4	6,0	3,8	...	6,9	2,5	4,5
Brasilien	5,4	6,5	5,4	4,9	3,6	7,7	3,8	6,8	5,2	5,0
Türkei	4,7	7,0	2,8	4,5	4,8	4,0	3,3	6,9	4,5	5,0
China	...	3,1	...	5,2	6,6	8,5	...	7,5	3,2	4,4
Vietnam
Bolivien	7,0	7,3	...	2,8	6,3	9,7	6,0	7,1	...	5,6
Südafrika	5,6	5,6	5,6	6,5	6,1	7,8	7,3	7,5	6,1	6,5
Ägypten	2,9	6,9	3,3	4,9	5,8	9,6	5,3	4,9	...	4,6
Indien	4,4	7,1	2,3	6,0	6,3	6,9	3,8	6,2	5,2	5,4
Bangladesch	6,0	8,1	...	3,2	2,0	6,9	2,6	5,9	4,6	5,4
Nepal	6,6	5,1	...	4,8	4,4	7,0	2,9	5,4	...	5,9
Kenia	4,2	6,9	3,7	3,2	5,7	9,4	6,2	6,7	5,5	5,9
Ruanda	7,5	5,5	...	2,0	1,8	7,9	1,9	4,9	5,0	6,0
Zentafr.Rep.	4,5	3,9	...	3,2	5,6	6,8	...	3,9	...	4,6
Sierra Leone	7,3	5,7	...	4,7	5,6	5,5	3,2	4,9	5,6	5,3

¹³ = Government Consumption, Transfers & Subsidies, Government Enterprises & Investment, Top Marginal Tax Rate

¹⁴ = Judicial Independence, Impartial Courts, Protection of Intellectual Property, Military Interference, Integrity of Legal System

¹⁵ = Growth of Money Supply, Inflation Variability, Recent Annual Inflation, Freedom to Own Foreign Currency

¹⁶ = Taxes on International Trade, Regulatory Trade Barriers, Size of Trade Sector, Official vs. Black Market Exchange Rate, Restrictions on Capital Markets

¹⁷ = Regulation of Credit Markets, Regulation of Labour Markets, Regulation of Business

Bemerkung:

Während mittlerweile die negative Wirkung von politischer Instabilität, Korruption und einer geringen Sicherheit von Eigentumsrechten auf die wirtschaftliche Entwicklung unbestritten ist, dauert die Diskussion um die Auswirkung demokratischer Herrschaft auf die wirtschaftliche Entwicklung an. Auf Grundlage theoretisch abgeleiteter Vermutungen weisen erste ökonometrische Testverfahren darauf hin, dass bei vielen Entwicklungs- und Schwellenländern mit zunehmendem Demokratieniveau positive Effekte auf Wachstum und Produktivität einhergehen. Aus entwicklungspolitischer Perspektive erscheint daher die Demokratieförderung aus ökonomischen Gründen ein lohnenswertes Unterfangen.

Dieser Befund über die (langfristige) Dividende der Demokratisierung in Entwicklungs- und Schwellenländern kontrastiert jedoch partiell mit den Problemen, die vielfach in jungen Demokratien bei der Umsetzung gesamtwirtschaftlich kohärenter ökonomischer Reformen zu beobachten sind. Erklären lassen sich diese Probleme vor allem aus einer politökonomischen Perspektive, die den Umverteilungscharakter von Demokratisierungsprozessen in den Vordergrund stellt: mit der Umverteilung von politischen Rechten werden die ehemals von der Autokratie Ausgeschlossenen auch die Umverteilung ökonomischer Ressourcen einfordern. Dieser für junge Demokratien besonders ausgeprägte Umverteilungsstress kann leicht zur Fragmentierung des politischen Systems und zu kurzfristig orientierten Politiken staatlicher Akteure führen. Dies wiederum begünstigt die Persistenz illiberaler Verfahren wie Korruption und Rechtsbeugung sowie eine inkohärente, die makroökonomische Stabilität schädigende Wirtschaftspolitik. Gerade der Blick auf die Ursachen von Währungs- und Finanzkrisen in jungen Demokratien zeigt hier, dass jene makroökonomischen Verwerfungen stark mit dem politischen Fragmentierungsgrad und der Persistenz illiberaler Verfahren korrelieren.

II.2. Wirtschaftspolitik:

„Good projects and poor policies don't make sense.“

Die in den einzelnen EL betriebene Wirtschaftspolitik unterscheidet sich von Land zu Land und auch im Zeitablauf. In letzter Zeit sind einige empirische Untersuchungen durchgeführt worden, die die Wirtschaftspolitik der EL systematisch untersuchen.¹⁸

Einige wesentliche Verfehlungen der nationalen Wirtschaftspolitik in EL sollen nun dargestellt werden

a. Inflation

Die Geldpolitik ist von entscheidender Bedeutung für das Wirtschaftswachstum und das Außenhandelsgleichgewicht.

In den 70er Jahren versuchten insbesondere viele EL in Lateinamerika Wachstum mit Hilfe einer Ausweitung der Geldmenge zu erreichen, was zu exorbitant hohen Inflationsraten führte. Außerdem litten EL wegen der hohen Inflationsraten an Zahlungsbilanzkrisen.

Die Wirkungen der Inflation auf das Wirtschaftswachstum:

¹⁸ Das Für und Wider der Entwicklungspolitik wird in Meier, G.: Leading Issues in Economic Development, 5. Aufl., New York/Oxford 1989, behandelt.

Handelt es sich um eine Nachfrageinflation, werden Kapazitäten besser ausgelastet und Anreize für Investitionen geschaffen, da die Nachfrage das Angebot an Gütern übersteigt. Sinken zudem die Reallöhne aufgrund der Inflationsrate, können Unternehmer die resultierenden Gewinne reinvestieren. Sinkende Reallöhne geben Anreiz zur Beschäftigung neuer Arbeitnehmer. Sinkende Realzinsen lassen wiederum die Investitionen günstiger werden. *Kurzfristig* sind solche realen Effekte möglich.

Auf der anderen Seite kann die Investitionsquote negativ beeinflusst werden. Je höher die Inflationsrate, desto höher die kalkulatorische Unsicherheit der Unternehmen, die kurzfristig weniger Investitionen durchführen werden. Niedrige Realzinsen können zudem zu einem Absinken der inländischen Sparquote und zu Kapitalflucht führen. Empirisch kann nachgewiesen werden, dass eine ökonomische Stabilisierung langfristig zu einer Verbesserung der realen Wachstumsrate führt: EL, die durch eine stabilisierende Geldpolitik ihre Inflationsprobleme lösen konnten, haben langfristig auch höhere Wachstumsraten verzeichnen können (s. Tabelle 6). Die Wachstumsraten werden jedoch nicht alleine vom der Inflation beeinflusst, deswegen ist die eindeutige Beziehung zwischen Inflation und Wachstumsrate der GNP nicht überall festzustellen.

Tabelle 6: Inflations- und GDP-Wachstumsraten

<i>Länder</i>	<i>1987</i>	<i>1988</i>	<i>1989</i>	<i>1990</i>	<i>2003</i>	<i>2003</i>
	<i>Inflationsrate (Verbraucherpreise, Vorjahr=100) %</i>			<i>GDP Wachstums- rate %</i>	<i>Inflations- rate %</i>	<i>GDP Wachstums- rate %</i>
Norwegen	8,7	6,7	8,7	1,9	2,5	0,6
Australien	8,4	7,3	7,6	-0,18	2,8	3
USA	3,7	5,1	4,8	1,76	2,3	3,1
Japan	- 0,3	0,7	2,3	5,08	-0,3	2,7
Hongkong	3,4	-2,6	3,3
Ungarn	8,6	15,5	17	-3,49	4,7	2,9
Mexiko	131,8	131	114	5,06	4,5	1,3
Russ. Föd.	1,5	0,3	2	-3,0	13,7	7,3
Brasilien	293	586	1287	-4,3	14,7	-0,2
Türkei	25,3	5,8
China	1,2	9,1
Vietnam ¹⁹	3,1	7,2
Bolivien	14	16	15	4,6	3,3	2,5
Südafrika	5,9	1,9
Ägypten	17,6	19,2	21,8	5,7	4,3	3,1
Indien	8,8	9,4	7,1	5,66	3,8	8,3
Bangladesch ²⁰	5,6	5,3
Nepal ²¹	2,9	3
Kenia	1,5	9,8
Ruanda	7,5	3,5
Zentralafr. Rep.	3,6	-7
Sierra Leone	1	6,5

¹⁹ Quelle: http://www.bayernlb.de/p/_de/downloads/offen/1310_volkswirtschaft/laender/Viet-D0804.pdf

²⁰ Quelle: <http://www.auswaertiges-amt.de/>

Quelle der Daten:

http://unstats.un.org/unsd/cdbdemo/cdb_years_on_top.asp?srID=29921&crID=36%2C50%2C68%2C76%2C140%2C156%2C344%2C818%2C348%2C356%2C392%2C404%2C484%2C524%2C578%2C643%2C646%2C694%2C710%2C792%2C840%2C704&yrID=1990

Nemzetközi Zsebkönyv 1989

www.cia.gov

b. Niedrigzinspolitik

In vielen EL wurde zur Förderung der Investitionstätigkeit in der Industrie eine indirekte Subvention der Kreditzinsen für Industrieinvestitionen durchgeführt. Zinsen für Kredite und Einlagen wurden dabei von der Regierung unter dem Gleichgewichtszinssatz festgelegt. Zusammen mit einer hohen Inflationsrate kam es sogar zu negativen Realzinsen. Was sind die Folgen?

- Kapital wird durch niedrige Zinsen künstlich verbilligt. Dadurch können zwar die Investitionen ansteigen, allerdings wird die Arbeitskraft durch die Verbilligung des Produktionsfaktors relativ teuer. Dies führt zu einer Verdrängung arbeitsintensiver Produktionsweisen zugunsten einer kapitalintensiven. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu, bzw. wird nicht abgebaut – es werden weniger neue Arbeitsplätze geschaffen, als gesellschaftlich optimal.
- Des Weiteren ist ein Rückgang der inländischen Sparquote aufgrund der niedrigen, gar negativen Realzinsen zu erwarten. Das im Finanzsektor angebotene Sparkapital ist bei negativen Realzinsen geringer als bei Vorliegen eines Marktzinssatzes. Ist nicht genügend inländisches Kapital verfügbar, das auch nicht durch ausländisches Sparen ersetzt werden kann, dann wird die gesamtwirtschaftliche Kapitalnachfrage nicht befriedigt werden können. Dies führt zu weiteren staatlichen Interventionen: der Staat teilt den einzelnen Sektoren die Investitionssummen zu. Im Rahmen der dabei verfolgten Industrialisierungsstrategie wird der Industriesektor bevorzugt und die Landwirtschaft vernachlässigt. Landwirtschaftliche Unternehmen und kleinere Betriebe in ruralen wie in urbanen Gebieten erhalten demzufolge keine Kredite zu den staatlich festgelegten Zinsen. Dies führt zu einer Spaltung des Kreditmarktes in einen formellen Teilmarkt mit niedrigen Zinsen und einem nicht organisierten Markt mit zum Teil sehr hohen Zinsen. Die ländlichen Gebiete sind auf den informellen Finanzmarkt angewiesen, da sie nicht über politische Beziehungen verfügen, um auf dem offiziellen Markt als Kreditnachfrager in Erscheinung treten zu können. Die Folge ist eine Zunahme des regionalen Gefälles zwischen urbanen und ruralen Gebieten, die mit einer zunehmenden Ungleichheit in der Einkommensverteilung verbunden ist.
- Das niedrige heimische Zinsniveau verstärkt zudem auch die Neigung zur Kapitalflucht, da im Ausland höhere Renditen auf Ersparnisse erzielt werden können.

c. Preisinterventionen

http://www.de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=24&land_id=16

²¹Quelle: <http://www.spiegel.de/jahrbuch/0,1518,NPL,00.html>

Niedrigpreispolitik für Agrarprodukte:

Wegen der Verschlechterung der Terms of Trade für die Landwirtschaft sind viele EL von Hungerkatastrophen bedroht. Diese negative Entwicklung der Terms of Trade ist aber das Ergebnis einer bewussten politischen Entscheidung, weil man sich dadurch eine stärkere Förderung des industriellen Sektors und eine größere Wachstumsrate des BNE versprach. Niedrige Agrarpreise sollten den Wachstumsprozess „finanzieren“, weil niedrige Lebensmittelpreise es ermöglichen, die Löhne relativ niedrig zu halten (wage-goods-These). Die niedrigen Löhne sollten wiederum die internat. Wettbewerbsfähigkeit der Exportgüterindustrie fördern, wodurch Devisen erwirtschaftet werden sollten. Zudem sollte die Ernährung der Bevölkerung sichergestellt werden, die auch die politische Stabilität des Regimes erhöht hätte. Man hat unterstellt, dass die Landwirte – um ein bestimmtes Einkommen erzielen und um ihren Lebensstandard aufrechterhalten (target achievers) zu können – auf die Preissenkungen mit der Erhöhung ihrer Nahrungsmittelproduktion reagieren würden. Ein Berufswechsel von Landwirten wurde aufgrund eines Mangels an Alternativen nicht unterstellt.

In der Realität erwiesen sich jedoch diese Annahmen als falsch. Die landwirtschaftliche Produktion ging im Zuge der niedrigen Agrarpreise zurück und die Migration von ruralen in urbane Gebiete nahm zu. Die Folge: Neben den Problemen, die mit einer steigenden Urbanisierung verbunden sind, führt eine inländische Lebensmittelknappheit zu Ernährungspässen, die sich in Afrika bisweilen zu Hungerkatastrophen ausweiteten. Werden die Nahrungsmittellücken durch Importe geschlossen, fließen wertvolle Devisen ab, die für andere Importe sinnvoller hätten eingesetzt werden können. Die Möglichkeit, über Nahrungsmittelhilfen in großen Mengen im Rahmen der Entwicklungshilfe die Ernährungslücken zu schließen, kann weitere zusätzliche negative Anreizeffekte für die inländische Landwirtschaft mit sich bringen. Immer häufiger wird verlangt, die Agrarpreispolitik neu zu orientieren, das in einigen EL auch begonnen wurde. Diese wollen bei ihrer Agrarpolitik berücksichtigen, dass höhere Agrarpreise notwendig sind, um die Produktion zu steigern. Uneinigkeit herrscht indes über die notwendigen Maßnahmen, die brisanten sozialen Fragen dieses Schrittes einzudämmen. Eine Möglichkeit, das soziale Problem ohne allokativer Verzerrung zu lösen, bieten Food-Stamp-Schemes (Sri Lanka) oder Fair-Price-Shops (Indien).²²

Energiepreispolitik:

Die staatliche Festlegung von Energiepreisen und Stromtarife sind wachstums- und/oder verteilungspolitisch motiviert. Man geht von positiven Auswirkungen der niedrigen Energiepreise auf das Wirtschaftswachstum aus und zudem soll auch den Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen der Zugang zu billiger Energie ermöglicht werden. Niedrige Energiepreise gehen jedoch nicht mit einem automatischen Wirtschaftswachstum einher. Die Folge relativ niedriger Energiepreise ist eine wenig sparsame Verwendung der Energie, was eine niedrige Energieeffizienz zur Folge hat. Diese relative höhere Nachfrage nach Energieträgern und Kraftwerksanlagen kann, wenn diese Investitionsgüter investiert werden, die Zahlungsbilanz belasten und die Auslandsverschuldung erhöhen.

²² S. auch die Ausführungen in Lachmann, W.: Entwicklungspolitik, Bd. 2: Binnenwirtschaftliche Aspekte, München/Wien 1997, Kapitel 6.5, S.158

Niedrige Strompreise führen auch dazu, dass im Allgemeinen staatliche Energieversorgungsunternehmen keine finanzielle Mittel zur Verfügung haben, um ihre bestehenden Stromversorgungsnetze ausreichend zu warten und auszuweiten. Übertragungsverluste und Stromausfälle in elektrifizierten Gebieten sind die Folge einerseits; andererseits führen die finanziellen Problem der EVUs dazu, dass zahlreiche Gebiete nicht oder nur sehr langsam elektrifiziert werden. Insgesamt haben in EL ca. 2 Mrd. Menschen im ländlichen Raum keinen Zugang zur Stromversorgung. Folglich bestehen geringere Entwicklungsmöglichkeiten in diesen Regionen, was den Dualismus zw. städtischen und ländlichen Regionen und damit die Landflucht verstärkt.

Auch die erwarteten positiven Auswirkungen niedriger Energiepreise für ärmere Bevölkerungsschichten sind mit einem Stromanschluss nicht gewährleistet. Es besteht kein Allokationsmechanismus der sicherstellt, dass nur arme Haushalte von den niedrigen Energiepreisen profitieren. Der absolute Subventionsbetrag nimmt zu, je höher der Stromverbrauch ist. Da reichere Haushalte mehr elektrische Geräte besitzen, profitieren sie überproportional von einer Subventionierung als die armen Haushalte.

Insgesamt wirkt sich eine undifferenzierte Subventionierung von Diesel und Strom negativ auf das Wirtschaftswachstum, die finanzielle Situation der EVUs, den Energieverbrauch, die personelle Einkommens- und Vermögensverteilung und auch auf die Umwelt aus.

II.3. Bevölkerungswachstum, Bildungsstand

Es existieren zahlreiche Faktoren, die Einflüsse auf das Wirtschaftswachstum einer Ökonomie haben. Neben politischen und sozialen Variablen sowie technisches know-how - und Fortschritt, gehören auch die Bildung von Humankapital (steigert die Produktivität des Individuums) und das Bevölkerungswachstum zu den Determinanten des Wirtschaftswachstums.

Im Bezug auf den Wirtschaftswachstum argumentiert die Mehrzahl der BevölkerungsökonomInnen darauf, daß die Zahl der (jungen, gut gebildeten) Menschen in einem Land den Wohlstand der Nation ausmachen und die Basis, auf der eine dynamische Entwicklungspolitik aufgebaut werden kann. Dominierend im Diskursfeld ist bis heute die neo-malthusianische Argumentation, nach der ein (zu) rasches Bevölkerungswachstum zur Verarmung führen muß, weil bestimmte ökonomische, soziale und ökologische Tragfähigkeiten überfordert und überschritten werden.

Im Falle von den Staaten Bolivien und Ruanda kann anhand von den Daten der Tabellen 7 und 8 abgelesen werden, dass sie trotz relativ hohen Ausgaben für Bildung keinen sprunghaftigen Anstieg des GDP (pro Kopf) erreicht haben, weil sich zugleich auch eine sehr hohe Bevölkerungszunahme ereignet hat.

Tabelle 7: Demographische Änderungen

<i>Länder</i>	<i>Bevölkerung 1975 (Millionen)</i>	<i>Jährliche Bevölkerungswachstumsrate (%) 1975-2002)</i>	<i>Zahl der Gesamtbevölkerung (Mio.) 2002</i>
Norwegen	4,0	0,4	4,5
Australien	13,9	1,3	19,5
USA	220,2	1,0	291,0
Japan	111,5	0,5	127,5
Hongkong	4,4	1,7	7,0
Ungarn	10,5	-0,2	9,9
Mexiko	59,1	2,0	102,0
Russ.Föd.	134,2	0,3	144,1
Brasilien	108,1	1,8	176,3
Türkei	40,0	2,0	70,3
China	927,8	1,2	1.294,9
Vietnam	48,0	1,9	80,3
Bolivien	4,8	2,2	8,6
Südafrika	25,8	2,0	44,8
Ägypten	38,8	2,2	70,5
Indien	620,7	1,9	1.049,5
Bangladesch	75,6	2,4	143,8
Nepal	13,1	2,3	24,6
Kenia	13,6	3,1	31,5
Ruanda	4,4	2,3	8,3
Zentralafri.R.	2,1	2,3	3,8
Sierra Leone	2,9	1,8	4,8

Tabelle 8: Öffentliche Bildungsausgaben und wirtschaftliche Entwicklung

<i>Länder</i>	<i>Öffentliche Ausgaben für Bildung (als % der öffentlichen Gesamtausgaben), 1985-87</i>	<i>GDP (pro Kopf, US\$) 1985</i>	<i>Jährliche Zuwachsrates der GDP (pro Kopf) (%) 1990-2002</i>	<i>GDP (pro Kopf, US\$) 2002</i>
Norwegen	14,7	15.265,6	3,0	41.974
Australien	12,5	10.736,9	2,6	20.822
USA	11,9	16.738,2	2,0	36.006
Japan	...	11.116,4	1,0	31.407
Hongkong	19,8	6.390,7	2,2	23.800
Ungarn	6,3	1.950,3	2,4	6.481
Mexiko	...	2.404,0	1,4	6.320
Russ.Föd.	-2,4	2.405
Brasilien	17,7	1.648,7	1,3	2.593
Türkei	...	1.335,4	1,3	2.638
China	11,1	284,9	8,6	989
Vietnam	...	284,6	5,9	436
Bolivien	20,1	529,5	1,1	886
Südafrika	...	1.798,5	...	2.299
Ägypten	...	697,3	2,5	1.354
Indien	8,5	279,0	4,0	487
Bangladesch	9,9	212,3	3,1	351
Nepal	10,4	158,6	2,3	230
Kenia	14,8	308,6	-0,6	393
Ruanda	22,9	283,3	0,3	212
Zentralafr.Rep.	16,8	331,8	-0,2	274
Sierra Leone	12,4	335,4	-5,9	150

Bemerkung:

Natürlich muss beachtet werden, dass die öffentlichen Ausgaben der Industrieländer für Bildung in absoluten Zahlen um das vielfache größer sind, als die der Entwicklungsländer und das jene schon 1987 über ein höheres Bildungsniveau verfügt haben.

Quelle der Angaben in der Tabelle: http://hdr.undp.org/statistics/data/indic/indic_125_1_1.html
http://www.undp.org/hdr2001/indicator/indic_46_1_1.html
http://www.undp.org/hdr2001/indicator/indic_43_1_1.html
http://www.undp.org/hdr2001/indicator/indic_184_1_1.html
http://hdr.undp.org/statistics/data/indic/indic_36_1_1.html
http://hdr.undp.org/statistics/data/indic/indic_39_1_1.html
<http://earthtrends.wri.org/text/economics-business/variable-638.html>

ANDRÁSSY WORKING PAPER SERIES

ISSN 1589-603X

1. Beckmann, Klaus B. and Martin Werding, 2002. "Two Cheers for the Earned Income Tax Credit", Andrassy Working Paper I.
2. Beckmann, Klaus B., 2003. "Evaluation von Lehre und Forschung an Hochschulen: eine institutionenökonomische Perspektive", Andrassy Working Paper II.
3. Beckmann, Klaus B., 2003. "Tax Progression and Evasion: a Simple Graphical Approach", Andrassy Working Paper III.
4. Balogh, László und Dietmar Meyer, 2003. "Gerechtes und/oder effizientes Steuersystem in einer Transformationsökonomie mit wachsendem Einkommen", Andrassy Working Paper IV.
5. Arnold, Volker, 2003. "Kompetitiver vs. kooperativer Föderalismus: Ist ein horizontaler Finanzausgleich aus allokativer Sicht erforderlich?", Andrassy Working Paper V.
6. Okruch, Stefan, 2003. "Evolutorische Ökonomik und Ordnungspolitik – ein neuer Anlauf", Andrassy Working Paper VI.
7. Meyer, Dietmar, 2003: "Humankapital und EU-Beitritt -- Überlegungen anhand eines Dyopolmodells", Andrassy Working Paper VII.
8. Okruch, Stefan, 2003. "Verfassungswahl und Verfassungswandel aus ökonomischer Perspektive", Andrassy Working Paper VIII. (This paper has appeared in Beckmann / Dieringer / Hufeld (eds.), 2004. Eine Verfassung für Europa, Tübingen: Mohr Siebeck.) To order reprints please contact the author.
9. Arnold, Volker and Marion Hübner, 2004: "Repression oder Umverteilung -- Welches ist der beste Weg zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit marktwirtschaftlicher Systeme?", Andrassy Working Paper IX.
10. Bartscher, Thomas, Ralph Baur and Klaus B. Beckmann, 2004: "Strategische Probleme des Mittelstands in Niederbayern", Andrassy Working Paper X.
11. Beckmann, Klaus B., 2004: "Optimal Taxation of Bequests: the Case of Altruism", Andrassy Working Paper XI.

Paper copies can be ordered from:

The Librarian
Andrassy Gyula Egyetem
Pollack Mihály tér 3 • 1088 Budapest
Hungary

Visit us on the web at <http://www.public-economics.com/>. Please note that we cease to circulate papers if a revised version has been accepted for publication elsewhere.